



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verstetigung der Ausbaupfade im Erneuerbare-Energien-Gesetz

Aktuell seit 30.04.2026 11:39:43

Angegeben von:

wpd onshore GmbH & Co. KG (R001087) am 30.04.2026

Beschreibung:

Die am 31.12.2026 auslaufende beihilferechtliche Genehmigung für das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss durch Novelle verlängert werden. Nach der EU-Strommarkt-Verordnung 2024/1747 ist Deutschland zudem verpflichtet, direkte Preisstützungssysteme in Form zweiseitiger Differenzverträge oder gleichwertiger Systeme mit denselben Auswirkungen für Verträge im Rahmen direkter Preisstützungssysteme für Investitionen in neue Stromerzeugungsanlagen einzuführen, die ab dem 17. Juli 2027 geschlossen werden. Hier bedarf es einer planbaren Umsetzung, um einen Fadenriss beim Ausbau von Wind- und Solarenergie zu vermeiden.

Zu Regelungsentwurf

1. Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor

Datum des Referentenentwurfs: 17.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (1)

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (5)

EEG 2014 [alle RV hierzu]

MessbG [alle RV hierzu]

AusglMechV 2015 [alle RV hierzu]

InnAusV [alle RV hierzu]

EnFG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2604160004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]